FDP| 16.08.2016 - 11:45

Klientelpolitik der Großen Koalition rächt sich

Mit ihrem Vorschlag, bis 2060 das Renteneintrittsalter auf 69 anzuheben, hat die Bundesbank die Debatte um die Zukunft der Altersvorsorge neu entfacht. "Der Vorstoß der Bundesbank belegt die Dramatik der Lage", konstatierte der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner [1]gegenüber dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Ein fixes Rentenalter für alle sei aber nach wie vor der falsche Ansatz, betonte er. Stattdessen forderte der Freidemokrat mehr individuelle Flexibilität im System.

Lindner übte deutliche Kritik an den Wahlgeschenken von Union und SPD, die die aktuellen Probleme verschärft hätten. "Es war töricht, dass die Große Koalition die Rente nicht fit für die Enkel gemacht hat, sondern Klientelpolitik durch die Rente mit 63 betrieben hat", stellte der FDP-Chef klar.

Rentensystem für die Zukunft rüsten

Die Freien Demokraten fordern hingegen, das Rentensystem neu zu denken und einen flexiblen Renteneintrittskorridor mit versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen ab 60 Jahren zu schaffen. Darüber hinaus sollen aus liberaler Sicht alle Hinzuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug aufgehoben und ein Freibetrag für Einkommen aus privater und betrieblicher Altersvorsorge bei der Grundsicherung im Alter eingeführt werden.

Das FDP-Rentenkonzept setzt auf eine moderne Alterssicherung nach dem Baukastenprinzip: In einem individuellen "Renten-Baukasten" soll jeder verpflichtende und freiwillige Vorsorgemaßnahmen flexibel kombinieren können. Dies soll unter anderem den Wechsel zwischen den Formen der Alterssicherung vereinfachen.

Quell-URL:https://www.liberale.de/content/klientelpolitik-der-grossen-koalition-raecht-sich

Links
[1] http://www.presseportal.de/pm/66749/3404347